

Ortsamt Burglesum XVIII. Beirat
Niederschrift über die 21. Beiratssitzung am 09. April 2013
- Verwaltungssaal von Friedehorst, Rotdornallee 64, Bremen -
Beginn 19:05 Uhr, Ende 22:15 Uhr

Anwesend waren:

die Damen und Herren Beiratsmitglieder

B. Köhlitz, I. Lauterbach-Wenig, H. Große-Lindemann, H. Fricke, A. Strausdat -

B. Hornhues, B. Strecker, H. Lürßen -

B. Punkenburg, E. Friesen, U. Schnaubelt, Dr. H. Schmidtman –

R. Tegtmeier -

F. Rath -

Frau Beate Garbe, Amt für Soziale Dienste

Frau Gerda Kothe, Immobilien Bremen

Frau Silke Meyer, Immobilien Bremen

Herr Maximilian Donaubauer, Bauamt Bremen-Nord

Herr Thorsten Nagel, Vorhabenträger Lesum-Park

Vorsitzender: Herr Ortsamtsleiter Boehlke

Protokoll: Frau Hell-Nogai

*

A Öffentlicher Teil

Herr Ortsamtsleiter Boehlke eröffnet die Sitzung.

Die vorgeschlagene Tagesordnung ist form- und fristgerecht zugegangen. Es werden folgende Änderungen zur Ergänzung der Tagesordnung vorgeschlagen:

Antrag der CDU-Fraktion „Aussprache über die gemeinsame Erklärung für Bremen-Nord“.

Dem Antrag zur Ergänzung wird einstimmig zugestimmt. Er wird unter TOP 8 beraten werden. Die weiteren Punkte verschieben sich jeweils nach hinten.

Weitere Ergänzungen werden nicht genannt. Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 05.03.2013

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürger/innen

Herr Boehlke erläutert die Formalien zum Tagesordnungspunkt: Bei diesem Tagesordnungspunkt haben Bürger zu Beginn die Möglichkeit Wünsche und Anregungen vorzutragen, die nicht Gegenstand der heutigen Tagesordnung sind. Ausnahmen bilden Antragsberatungen wie unter TOP 7. Es ist hier zu beachten, dass es im Beirat Burglesum die Absprache gibt, bei Antragsberatungen etwaige Wortmeldungen aus dem Publikum nicht aufzugreifen.

- 2.1** [REDACTED] beschwert sich über die Beseitigung der Rosenbeete in Grambke und fordert den Beirat auf, mit Beiratsmitteln die Gestaltung der Kreuzung „Auf den Delben“/Grambker Heerstraße“ zu gestalten. **Herr Boehlke** erläutert, dass es leider keine Alternative für die Beseitigung gab. Zur Wahl standen lediglich das Ansähen einer Wildblumenwiese oder Rasen. Frau Müller-Lang hat bereits versucht eine Patenaktion ins Leben zu rufen, allerdings haben sich bis jetzt zu wenig Bürger bereit erklärt. Es wäre erfreulich, wenn sich noch Paten finden lassen.
- 2.2** [REDACTED] und weitere Mitglieder der Bürgerinitiative St. Magnus überreichen Herrn Boehlke ca. 2000 gesammelte Unterschriften in Kopie. Lt. Herrn Brandstaedter stammen ca. 94% der Unterschriften von Bremen-Nordern und aus dem Bremer Umland.
- 2.3** [REDACTED] erkundigt sich nach dem Bearbeitungssachstand „Hundefreilaufflächen“. **Herr Boehlke** teilt mit, dass die Angelegenheit in Arbeit ist, zur Zeit jedoch noch nicht die Rahmenbedingungen abschließend geklärt sind.
- 2.4** [REDACTED] beantragt, den Tagesordnungspunkt 7 der Beiratssitzung vorzuziehen, weil viele Berufstätige im Publikum sind. **Herr Boehlke** weist darauf hin, dass die Tagesordnung bereits beschlossen wurde. Es obliegt im Übrigen dem Beirat über den Beratungsgegenstand und den Verlauf einer Sitzung zu debattieren und zu entscheiden. Dem Antrag, TOP 7 vorzuziehen, kann nicht stattgegeben werden, weil er nicht zulässig ist.

TOP 3: Wünsche und Anregungen des Kinder- und Jugendbeirates

-keine-

TOP 4: Bericht zur Personalsituation im Sozialzentrum Nord

hierzu: Frau Beate Garbe, AfD

Herr Boehlke begrüßt Frau Garbe, Leiterin des Sozialzentrums Nord und bedankt sich für ihr Erscheinen.

Der Vorsitzende berichtet, dass jüngste Medienberichte von Personalnot im Sozialzentrum sprachen. Dieser Umstand hat auch Auswirkungen auf sozialschwache Menschen. Die CDU-Fraktion bat um einen Sachstandsbericht im Beirat.

Frau Garbe schildert, dass der Abschnitt „Wirtschaftliche Hilfen“ / Hilfe zur Existenzsicherung betroffen ist. Seit November verfügt der Abschnitt um 5 Beschäftigungsvolumen zu wenig. Entstanden ist der Personalengpass durch eine Dauererkrankung, einer Verrentung und durch den Weggang eines/einer Kollegen/in. Auf eine interne Ausschreibung gab es keine Bewerbungen. Erst nach mehreren externen Ausschreibungen lagen geeignete Bewerbungen vor.

Die Situation hat sich inzwischen gebessert. Zwei Stellen werden zum 15.04., eine zum 01.05.2013 und eine weitere Vollzeitstelle zum 01.06. wieder besetzt. Eine Stelle befindet sich noch in der Ausschreibung. Als Zwischenlösung wurde eine Halbtagskraft per Werkvertrag eingestellt.

Während der Übergangssituation werden diverse Entlastungsmaßnahmen eingesetzt: Terminvergabe, zusätzliche Sprechzeiten sowie eine Zugangssteuerung durch Vorberatungen.

Frau Hornhues begrüßt die Neueinstellungen.

Herr Strausdat stellt fest, dass ursprünglich 12 Vollzeitstellen im Abschnitt waren, dann 8. Er möchte wissen, wie die geplante Sollstärke aussehen wird. **Frau Garbe** nennt 12 und mehr Mitarbeiter.

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 5: Grundschule St. Magnus/Verzicht der Erweiterungsfläche an der Straße Blumenkamp (formales Beteiligungsverfahren)

Hierzu Gerda Kothe, Silke Meyer von Immobilien Bremen

Herr Boehlke eröffnet den Tagesordnungspunkt. Frau Kothe und Frau Meyer sind noch nicht anwesend.

Herr Boehlke führt kurz in das Thema ein: Es geht um eine Fläche an der Straße Blumenkamp, hierbei handelt es sich um Privateigentum. Laut B-Plan ist die Fläche als „Gemeinbedarf Schule“ ausgewiesen.

Der Beirat hat sich in der Vergangenheit mehrfach zur Nutzung der Fläche geäußert. Aus stadtplanerischer Sicht soll an der Erweiterungsfläche festgehalten werden. Die letzte Befassung im Beirat war am 17.07.12, nachdem das Bildungsressort gegenüber dem Grundstückseigentümer eine Verzichtserklärung abgegeben hat.

Der Beirat hat daraufhin einstimmig beschlossen, dass die Stadtgemeinde Bremen ihr Vorkaufsrecht wahrnehmen soll, um endlich für alle Beteiligte Klarheit zu schaffen. Es stellte sich später heraus, dass nicht das Bildungsressort eine Verzichtserklärung hätte abgeben dürfen, sondern Immobilien Bremen „Herrin des Verfahrens“ ist.

Herr Boehlke verliest nochmals das Schreiben von Immobilien Bremen vom 12.03.13.

Frau Hornhues teilt mit, dass die CDU-Fraktion auch weiter das Schulerweiterungsgelände im Bestand halten möchte. Es kommen in Zukunft weitere Wohneinheiten in St. Magnus hinzu (ca. 100). Es findet ein Generationenwechsel statt. Die Kapazitäten an der Grundschule St. Magnus liegen jetzt schon an der Grenze. Sie soll auf längere Sicht eine Ganztagschule werden.

Herr Strausdat sieht in der demografischen Entwicklung seit der Darstellung von Frau Lueking im Beirat am 12.12.2012 keine Änderung. Junge Familien sollen nach Burglesum ziehen, ein Verzicht auf die Fläche würde diesem Bestreben zuwiderlaufen. Ein Verzicht ist nicht hinnehmbar und der Beirat sollte am alten Beschluss festhalten.

Herr Rath: Der Eigentümer hat ein Recht auf eine Entscheidung, ob Bremen nun baut oder nicht. Frau Schnaubelt schließt sich der Aussage von Herrn Rath an. Es muss eine Entscheidung getroffen werden. Fraglich ist, ob eine Erweiterung auf dem Schulgelände möglich ist. Sie bedauert, dass noch niemand von Immobilien Bremen anwesend ist.

Frau Hornhues gibt zu bedenken, dass mehr Schüler auch mehr Freiflächen benötigen, es kann nicht der gesamte Schulhof zugebaut werden. Sie findet auch, dass eine Benachteiligung des Grundstückseigentümers nicht tragbar ist.

Herr Dr. Schmidtman ist für den Erhalt der Fläche für die Schule. Es handelt sich um eine wichtige Fläche für Schüler, die das Grundstück als Spielfläche, Schulgarten usw. nutzen könnten.

Die **Elternvertreterin der Grundschule St. Magnus** berichtet, dass im letzten Jahr ein Gespräch mit der Bildungsbehörde stattgefunden hat. Die Pläne wurden vorgestellt. Der Platz ist sehr knapp bemessen. Die Vorstellung, dass Kinder sich dort den ganzen Tag aufhalten, ist grenzwertig. Eine Alternative wäre evtl. ein Teilankauf des Grundstücks.

Frau Kothe und Frau Meyer von Immobilien Bremen betreten um 19:40 Uhr den Sitzungssaal und werden von Herrn Boehlke begrüßt.

Herr Plitzko, Grundstückseigentümer, stellt fest, dass die Fronten verhärtet sind. Er wünscht sich dringend eine Entscheidung. Er bittet um zügige Durchführung.

Herr Boehlke fragt die Vertreterinnen von Immobilien Bremen, ob ein Tausch mit einer anderen städtischen Fläche denkbar wäre. Lt. Herrn Plitzko befindet sich keine geeignete Fläche im Eigentum der Stadtgemeinde.

Herr Rath erkundigt sich nach der Grundstücksgröße. **Herr Plitzko** nennt 3500m².

Herr Dr. Schmidtman findet die Situation für Herrn Plitzko nicht mehr zumutbar. Die Entscheidung wird lediglich auf Geld reduziert, die Bedürfnisse der Kinder vergessen und die Freiflächen verkauft. Nicht jeder Wert ist fassbar und in Geld aufzurechnen.

Frau Schnaubelt glaubt, dass durchaus im Bestand erweitert werden kann und eine vernünftige Lösung durch geschickte Planung möglich ist, ohne etwas vom Schulhof wegzunehmen.

Herr Boehlke skizziert das weitere Verfahren:

Sollte der Beirat am Beschluss festhalten und auf die Herstellung von Einvernehmen verlangen, wird zunächst ein Schlichtungsgespräch stattfinden. Das Thema wird für die Beiratssitzung im Mai nochmals auf die Tagesordnung gesetzt zur weiteren Abstimmung. Herrscht weiterhin kein Einvernehmen, wird die Beschlusslage an die Deputation weiter gegeben. Diese beschließt innerhalb von 2 Monaten.

Die Sitzung wird auf Vorschlag von Frau Punkenburg unterbrochen.

Beschluss (11 Ja-Stimmen [SPD, CDU, Linke, BiW], 3 Enthaltungen [Grüne, SPD])

Der Beirat Burglesum hält, unter Berücksichtigung der geplanten Wohnbebauung, an seinem Beschluss vom 17. Juli 2012* fest.

Der Beirat Burglesum stellt fest, dass er die zeitlichen Verzögerungen der vergangenen 5 Jahre nicht zu verantworten hat.

Der Beirat Burglesum sieht derzeit ein Einvernehmen nicht gegeben und verweist vorsorglich auf die Herstellung von Einvernehmen nach § 11 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter. Der Beirat verlangt, dass der Beratungsgegenstand innerhalb eines Monats auf die Tagesordnung der nächsten Beiratssitzung gesetzt wird, um das Einvernehmen herzustellen.

**Beschluss (einstimmig) vom 17. Juli 2012:*

Die Stadtgemeinde Bremen wird aufgefordert, das Vorkaufsrecht für die Schulerweiterungsfläche auszuüben.

Der Beirat Burglesum sieht derzeit ein Einvernehmen nicht gegeben und verweist vorsorglich daher auf die Herstellung von Einvernehmen nach § 11 i.V.m. § 9 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter.

TOP 6: Bebauungsplan 1209 für das Gelände der ehemaligen Wilhelm-Kaisen-Kaserne („Lesum-Park“)/Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Hierzu Herr Maximilian Donaubauer v. BBN , Herr Thorsten Nagel, Vorhabenträger,

Herr Schobeß lässt sich entschuldigen, er kann aufgrund eines anderen beruflichen Termins leider nicht teilnehmen.

Herr Boehlke schildert das bisherige Verfahren: Es geht um 8,7 ha Fläche der ehemaligen Wilhelm-Kaisen-Kaserne, die Kasernen-Nutzung erfolgte bis 2002. Nach dem Abzug der Bundeswehr folgte ein intensiver Prozess über Möglichkeiten und Chancen der Nachnutzung. Die Konzentration liegt auf Gesundheitswirtschaft in Kooperation mit Friedehorst. Zur Legalisierung der Nachnutzung bedarf es der Aufstellung eines B-Planes und Änderung des Flächennutzungsplanes. Eine öffentliche Einwohnerversammlung fand am 08.11.11 statt.

Der Beirat Burglesum wird nun um Stellungnahme im Rahmen der TÖB-Beteiligung gebeten. Die öffentliche Präsentation des B-Planes erfolgte auf der Beiratssitzung am 06.02.13. Eine Stellungnahme wurde ausgesetzt, da noch Fragen zur Verkehrslenkung zu klären waren. Die Fraktionssprecher verzichteten auf eine nochmalige Präsentation im Beirat.

Der Beirat findet einen Beschlussvorschlag des Ortsamtsleiters in den Mappen als Diskussionsgrundlage.

Zur Ansiedlung von Einzelhandel gibt es unterschiedliche Sichtweisen.

Kurze Darstellung von Herrn Nagel und Frau Dohmeyer werden gebeten, kurz ihre Sichtweisen zum Thema Einzelhandel im Lesumpark darzustellen.

Frau Dohmeyer befürchtet für die Mitglieder der Interessengemeinschaft Einzelhandel und Gewerbe in Lesum, dass die Ansiedlung eines Nahversorgers mit einer Verkaufsfläche von über 800² sich negativ auf die Geschäfte im Lesumer Zentrum auswirkt.

Herr Nagel vertritt hierzu eine gegenteilige Meinung. Er sieht eher eine Ergänzung in der Ansiedlung eines größeren Nahversorgers für das Zentrum. Eine Konkurrenz kann er nicht ausmachen, die Lesumer Geschäfte würden ein anderes Sortiment und eine andere Qualität anbieten. Rahmenbedingungen für einen Verbrauchermarkt wären ein generationenübergreifender, barrierefreier, energieeffizienter Markt mit hoher architektonischer Qualität.

Frau Schnaubelt findet, dass man die Diskussion nicht an Quadratmetern oder Verkaufsfläche sondern am Warenvolumen festmachen sollte. Sie möchte wissen, ob der Nettomarkt am Heidbergstift bereits die Kaufkraft für das Zentrum verändert hat.

Frau Dohmeyer bejaht das, weil die Menschen ihren Bedarf nicht mehr im Ortskern sondern vor Ort decken. Sie möchte, dass im neuen Markt nur Lebensmittel, jedoch keine Bioerzeugnisse etc. angeboten werden.

Frau Hornhues: Die CDU unterstützt das Vorhaben, einen behinderten Markt einzurichten. Es ist positiv wenn so etwas sich etabliert und macht eine Zustimmung nicht an der maximalen Größe von 800m² fest. Sie sieht die Errichtung des Marktes als Chance, ein Aushängeschild für den Lesum-Park zu haben.

Herr Friesen begrüßt die neue Einkaufsmöglichkeit.

Herr Strausdat: Der SPD-Fraktion ist die Nahversorgung im Gebiet wichtig. Ansiedeln soll sich ein Vollversorger, generationenübergreifend, energieeffizient etc. Herr Strausdat fragt, wo das Neue ist, denn die genannten Eigenschaften haben alle gängigen Vollsormenter.

Die SPD wird eine Diskussion um qm nicht mittragen im Sinne des Zentrums- und Nahversorgungskonzeptes.

Herr Nagel sieht im Zentrenkonzept ein Politikum. Der Bebauungsplanentwurf sieht keine Einschränkungen des Einzelhandels vor.

Herr Dr. Schmidtman kann beide Seiten verstehen. Das Thema wird jedoch reduziert auf „Konsum und Kaufen“.

Frau Lürßen ist der Ansicht, dass durch den neuen Markt noch die Kaufkraft der St. Magnusser hergeholt wird. Ein behindertengerechter Markt wäre in der Nähe von Friedehorst sehr gut.

Herr Rath möchte wissen, wie groß der Markt werden wird. Herr Nagel nennt 1200m² und als Ergänzung einen Getränkemarkt.

Fragen aus dem Publikum:

Welchen Einfluss hat der Investor auf das Warensortiment? Was ist, wenn in ein paar Jahren ein anderer Markt ein anderes Sortiment anbietet? 1200m² sind eine Steigerung von 50% zur ursprünglichen Planung.

Herr Nagel: Juristisch hat ein Investor keinen Einfluss, jedoch bekennt sich in diesem Fall der Betreiber eindeutig. Er wird eine Vereinbarung mit einer 15jährigen Laufzeit vereinbaren.

Die Sitzung wird zur Diskussion der Beschlussvorlage unterbrochen.

Beschluss (Punkte 1-4 und 6-7 einstimmig) mit Punkt 5: sieben Ja-Stimmen (CDU, Grüne), 1 Enthaltung (SPD) - sechs Gegenstimmen –(SPD, Linke, BIW)

Der Beirat Burglesum stimmt als Träger öffentlicher Belange den Entwurf des Bebauungsplanes 1209 (Lesum-Park) unter Berücksichtigung folgender Punkte in der weiteren Planung zu:

1. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgefordert, das Verkehrsaufkommen an den Knotenpunkten zur Peenemünder Straße während der baulichen Entwicklung des Lesum-Parks kontinuierlich zu beobachten. Unter Einbeziehung des Beirates und des Ortsamtes sind dann bauliche und verkehrslenkende Maßnahmen bedarfsgerecht zu erstellen.
(Einstimmiger Beschluss des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 03.04.2013)
2. Die Errichtung eines öffentlichen Fuß- und Radweges zwischen dem Holthorster Weg und der Planstraße 2 über das Gelände von Friedehorst ist zu prüfen.
(Einstimmiger Beschluss des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 03.04.2013)
3. Die geänderten Bedingungen in Bezug auf zunehmenden Verkehr in den Lesum-Park (insbesondere die Knotenpunkte A270/Rotdornallee und Lesumer Heerstraße/ Peenemünder Straße) sind im Lärmgutachten zu berücksichtigen.
(Einstimmiger Beschluss des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 03.04.2013)
4. Die Hauptzufahrt zum Gelände der Stiftung Friedehorst ist über das Gebiet des Lesum-Parks sicherzustellen, um die Rotdornallee verkehrlich zu entlasten.
5. Der Ansiedlung von einem behindertengerechten Nahversorger mit einer Verkaufsfläche von ca. 1200 m² wird zugestimmt.

6. Der Bau einer möglichen Sporthalle muss weiterhin planungsrechtlich abgesichert sein.
7. Eine Wegeverbindung zwischen den beiden Ringstraßen ist für Fußgänger und Radfahrer zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang stimmt der Beirat Burglesum ferner der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes zu.

Der Beirat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die geplanten verkehrslenkenden Maßnahmen im Bereich der Zu- und Abfahrten der BAB 270 – auch unter Berücksichtigung des ÖPNV-Verkehres und des vorhandenen Verkehrsraumes – noch einmal näher zu erläutern.

Im Zuge einer positiven Entwicklung des Gebietes unterstützt der Beirat den Wunsch des Investors, die Peenemünder Straße umzubenennen. Einzelne Namensvorschläge für die jetzige Peenemünder Straße und den beiden Ringstraßen befinden derzeit noch in der Abstimmung. Der Beirat wird hierüber zeitnah beschließen.

TOP 7: Antrag zur geplanten Wohnbebauung an der Billungstraße in St. Magnus (Bündnis 90/ Die Grünen)

Herr Boehlke teilt den aktuellen Stand mit: Es gibt einen Dringlichkeitsantrag aus der Beiratssitzung vom 05.03.13. Der Beirat stellte keine Dringlichkeit fest, daher wird der Punkt heute beraten.

Frau Punkenburg verliert den Antrag:

Dr. Schmidtman stellt einen Antrag außerhalb der Geschäftsordnung. Er möchte, dass bei der Antragsberatung auch Wortbeiträge aus dem Publikum zugelassen werden und in die Beratung mit einfließen.

Herr Boehlke lässt über den Antrag abstimmen.

Ergebnis: 7 Stimmen dafür und 7 dagegen. Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag keine Mehrheit hat und somit abgelehnt ist.

*„Dringlichkeitsantrag zur geplanten Wohnbebauung an der Billungstr. in St Magnus
Die geplante Bebauung eines Teiles des ehemaligen Gartenbauamtsgeländes an der Billungstraße ist in den letzten Monaten vielfach und kontrovers in den Medien, Beirat und anderen Gremien diskutiert worden. Nach Kenntnisstand des Beirats ist zum jetzigen Zeitpunkt noch keine abschließende Beurteilung geschweige denn Entscheidung in dieser Sache getroffen worden.*

Daher verwundert es sehr, dass Immobilien Bremen im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung eben dieses Gelände im 1. Halbjahr in Aussicht stellt, und zugleich in einer Broschüre schon Häuser und Wohnungen anpreist, als ob alle Entscheidungen schon für die Wohnbebauung gefällt worden seien.

Der Beirat Burglesum fordert den Senator für Umwelt , Bau und Verkehr daher auf, 1. den Beirat Lesum umgehend über den aktuellen Stand der Planungen /Entscheidungen in Sachen „ Billungstraße, zu informieren 2. den Beirat, die Bürger vor Ort (Bürgerinitiative Grünes St Magnus) und ggf. weitere Gremien (Naturschutzverbände) in die weitere Entscheidungsfindung mit einzubeziehen, z.B. nach Vorbild des Planungsprozesses an der Dedesdorfer Straße in Walle, wo an einem Runden Tisch alle Interessengruppen eine tragfähige Lösung gefunden haben.“

Dr. Schmidtman erläutert, dass der Antrag in erster Linie nicht gegen die Bebauung in der Billungstraße geht. Es geht um ein anderes Miteinander. Er sollte eine größere Einbeziehung von Initiativen vor Ort erfolgen.

Herr Strausdat hat nicht den Eindruck, dass hier Bürgerwillen nur „abgebügelt“ werden soll. Es wird hier die Tatsache außer Acht gelassen, dass es bereits Beschlüsse für die Bebauung gibt.

Den Bürgerinnen und Bürgern wird durch den Antrag suggeriert, als wäre die Grundsatzfrage ob es eine Bebauung gibt, noch nicht geklärt, dadurch wird den Bürgern „Sand in die Augen“ gestreut. Es gibt bereits einen vorgezeichneten Weg.

In der Dedesdorfer Straße gab es keine gefassten Beschlüsse, es war somit eine völlig andere Ausgangssituation. Die SPD lehnt den Antrag der Grünen ab.

Herr Rath lobt Herrn Brandstaedter und die Mitglieder der Bürgerinitiative für Ihr Engagement. Es kann sich deren Meinung aber nicht anschließen. Er findet, der Ortsteil braucht junge Familien. Das geplante Baugebiet ist im Verhältnis zur Grünfläche sehr klein und attraktiv für junge Familien. Der Antrag der Grünen ist seiner Ansicht nach sehr scheinheilig, weil der Beschluss, ob dort gebaut ist, längst gefasst wurde. Der einzige Grund ist, eine „weiße Weste“ vor den Bürgern haben zu wollen.

Frau Hornhues stellt fest, dass die Beschlüsse gefasst sind und es nun die Aufgabe und Chance des Beirats ist, Art und Maß der baulichen Nutzung zu bestimmen.

Es soll kein sozialer Wohnungsbau entstehen, sondern Eigentum für junge Familien mit mittleren und unteren Einkommen. **Frau Hornhues** richtet die Frage an die Initiative Grünes St. Magnus, wo ihre Mitglieder waren, als über die Bebauung Eichenhof gesprochen wurde. Das Gebiet liegt schließlich auch in St. Magnus.

Frau Schnaubelt richtet sich an Herrn Rath: Es ist schwierig über Zahlen zu sprechen, wenn man nicht genau weiß, wie viel Altenheime etc. es im Ortsteil gibt. Bei den Grünen ist es auch möglich, eine andere Auffassung als die „Stadtgrünen“ zu vertreten. Im Eichenhof ist die Ausgangssituation eine andere als an der Billungstraße und die Verkehrsanbindung ist ebenfalls anders.

Frau Punkenburg: Wenn wir einen Antrag stellen, müssen wir nicht erst „unseren“ Senator um Erlaubnis fragen. Wir haben einen eigenen Kopf.

Herr Dr. Schmidtman möchte die Aussage von Herrn Rath aufs schärfste zurückweisen. Dass die Grünen nur eine „weiße Weste“ haben möchten, ist eine anmaßende Äußerung, nur weil sich die Grünen für Natur und Umwelt einsetzen.

Herr Rath hat sich lange um den Antragsinhalt Gedanken gemacht: Was wäre, wenn der Beirat dem Antrag zustimmt. Was würde sich an der Sache ändern? Den Unterschied sollten die Grünen dem Publikum erklären.

Der Vorsitzende lässt mit nachfolgendem Ergebnis über den Antrag abstimmen:

4 Ja-Stimmen (Grüne), 8 Nein-Stimmen (5 SPD, 3 CDU, 1 BiW) und 1 Enthaltung (Die Linke)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

TOP 8: „Aussprache über die gemeinsame Erklärung für Bremen-Nord“

Herr Boehlke schildert den Sachverhalt: Auf Basis des Marketingkonzeptes Bremen-Nord, welches im Beirat im Dezember 2012 vorgestellt wurde, soll nun auf der kommenden BreNor eine gemeinsame Erklärung von den wichtigen Akteuren aus bzw. für Bremen-Nord unterzeichnet werden. Die Information an die Beiratsmitglieder ist per Mail in der vergangenen Woche raus gegangen. Der Erklärungstext liegt noch einmal in den Mappen.

Solch eine Erklärung kann natürlich im Rahmen des Marketing-Gedankens nur sehr grobkörnig die positiven Seiten des Stadtbezirks sowie seine Chancen für die Zukunft widerspiegeln. Im Laufe der Zeit ist es dann sicherlich Aufgabe als Kommunalpolitik diese Erklärung mit Leben zu füllen. Die CDU bat um eine Aussprache.

Frau Hornhues verliest den Erklärungstext:

„Dem Beirat Burglesum geht die „Gemeinsame Erklärung Bremen-Nord“ nicht weit genug. Diese Resolution für Bremen-Nord ist eine Situationsbeschreibung weshalb wir dem ganzen noch ein paar Forderungen anschließen möchten.

Der Beirat hält fest, dass die Absicht hinter der Resolution nur gelingen kann wenn die begonnen Schritte in Bremen-Nord konsequent weitergeführt und entwickelt werden. Wir fordern daher den Senat auf, die begonnen und bereits geplanten Projekte in Burglesum weiter zu unterstützen und weiterzuentwickeln.

Dazu gehören:

- *Die weitere Vermarktung der freien Industrie- und Gewerbeflächen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Burglesum*
- *Weitere Unterstützung des Lonke-Quartiers um eine soziale Stabilität dieses Gebietes zu erreichen.*
- *Erhalt der Jugendeinrichtungen im Stadtteil*
- *Revitalisierung des Heerstraßenzuges Bremerhavener Heerstr. und Burger Heerstr.*
- *Bereitstellung von Mitteln für touristische Projekte auch in den Nebenzentren*
- *Schaffung neuer Arbeitsplätze, das Ziel des Senats 6000 Arbeitsplätze für Bremen-Nord muss mit allen Kräften umgesetzt werden.*
- *Ein touristisches Konzept muss neben Vegesack auch touristische Höhepunkte gesamt Bremen-Nords verstärkt einbeziehen.*
- *Die Attraktivität der Stadtteile kann nur durch eine ausreichende Ausstattung an Kinderbetreuungsplätzen und einer guten Schulausstattung gewährleistet werden.*
- *Moderne Wohnformen und die Chance auf Eigentumserwerb müssen in Bremen-Nord weiter vorangetragen werden.*
- *Die Naherholungsgebiete müssen durch Wegweiser, Ruheplätze, Hinweistafeln und Angebote etc. zu einer touristischen Attraktion für die Region entwickelt werden.*
- *Die Sicherheit der Bürger muss ernst genommen werden und durch begleitende Maßnahmen und gute polizeiliche Maßnahmen unterstützt werden. Die Attraktivität eines Stadtteils und einer Region ist fest mit dem Sicherheitsgefühl ihrer Bürgerinnen und Bürgerinnen und Bürger zusammen.*
- *der Sportparksee in Grambke, der durch die weitere Sandentnahme vertieft und erweitert werden soll.*

Wir erwarten, von allen Akteuren eine Ernsthaftigkeit und werden die Entwicklung genau verfolgen und gegebenenfalls mahnend einfordern.

Eine solche Absicht, wie in der Resolution beschrieben kann nur gelingen, wenn sie mit Handeln unterlegt und gelebt wird!“

Diskussion.

Herr Boehlke schlägt vor, in der nächsten Beiratssitzung einen gemeinsamen Erklärungstext des Beirats zur Bremen-Nord-Erklärung zu diskutieren und zu verabschieden.

Der Beirat stimmt zu.

TOP 9: Mitteilungen des Ortsamtes

- 9.1** Die Forderungen aus dem Beschluss des Beirates zum Gewerbeentwicklungsprogramm wurden in die Depu-Vorlage aufgenommen.
- 9.2** Beschluss des Beirates zum Alwin-Lonke-Quartier vom 05.03.2013: **Herr Boehlke** teilt den Sachstand mit. Eine Überprüfung der Fördergebietskulisse des Programms Wohnen in Nachbarschaften wird Ende 2013 durch die WiN-Geschäftsführung der Ressorts Bau und Soziales erfolgen.
- 9.3** Aktionstag „autofreier StadTraum“. Publizierung einer Broschüre/ Veranstaltungskalender. Bei Interesse an einer Veröffentlichung von Straßenfesten bitte an klassen@sternkultur.de wenden.
- 9.4** **Herr Boehlke** erinnert an die öffentliche Einwohnerversammlung am 13.03.13 um 19.00 Uhr im Verwaltungssaal Friedehorst zur Aufstellung des B-Planes 1274.

TOP 10: Mitteilungen der Beiratssprecherin

-keine-

TOP 11: Wünsche und Anregungen in stadtteilbezogenen Angelegenheiten (bitte möglichst schriftlich)

- 11.1** **Herr Friesen:** Die neue Bank auf dem Lesumer Sommerdeich in Höhe Wassersportverein Lesum steht schief.
- 11.2** **Herr Friesen:** An den Sammelcontainern Parkplatz Heidbergbad beobachtet er eine zunehmende Sperrmüllablagerung.
- 11.3** **Frau Fricke:** Das Straßenschild Am Lesumer Brink ist schief.
- 11.4** **Frau Lauterbach-Wenig:** Es stehen wieder Altkleider bzw. Schuhcontainer in der Hindenburgstraße, stehen diese dort mit Genehmigung?

Florian Boehlke
Vorsitzender

Bettina Hornhues
Sprecherin des Beirates

Sabine Hell-Nogai
Protokoll